

II- 7793 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3931 U

1989 -06- 1 2

A N F R A G E

der Abgeordneten Wabl und Freunde

an die Frau Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie

betreffend die Erhaltung der Grün- und Erholungsfläche auf der Schmelz

Mit Ministerratsbeschluß vom 6. Juni wurde das 3,3 ha große Areal auf der Schmelz gegen einen Kaufpreis von knapp ÖS 40 Mio. in den Besitz der Gemeinde Wien bzw. zweier Wohnbaugesellschaften übertragen.

Der Vernichtung wertvollster Grünschubstanz dieses Grundstückes, das noch im Wiener Stadtentwicklungsplan als Kerngebiet eines Grünkeiles vorgesehen war, der für die Klimatisierung und Durchlüftung des 15., 16. und 7. Wiener Gemeindebezirkes sorgen sollte, der Vernichtung dieser Grünschubstanz steht somit nichts mehr im Wege.

Der Bund hat in besorgniserregender Weise versagt. Er ist seiner Obsorgpflicht für die Erhaltung wertvoller Grünflächen nicht nachgekommen. Der Bund hat hier offensichtlich ungeprüft und unkritisch einer solchen Transaktion zugestimmt, ohne sich um die Implikationen im Geringsten zu kümmern.

Die Schmelz und ihre Erhaltung als Grün- und Erholungsfläche ist Gegenstand einer von 5 Bürgerinitiativen getragenen Aktion Volksbefragung. Herr Minister Busek hat den Antrag dieser Bürgerinitiativen persönlich unterfertigt. Ziel dieser Initiativen ist es, in Verbindung mit Projektstopp stadtteilweise Volksbefragungen zum Schutz und zur Erhaltung wertvoller Grünflächen in den betroffenen Bezirken Wiens zu initiieren. Diese Bürgerinitiativen wollen eine Rückbindung der Wiener Kommunalpolitik an demokratiepolitische und ökologische Zielsetzungen - auch gegen den Widerstand der in Wien herrschenden Lobby aus öffentlicher Verwaltung und Bauwirtschaft.

Deswegen richten die unterfertigten Abgeordneten folgende

A N F R A G E

1. Warum ist der Bund hier, wo er es in der Hand gehabt hätte, nicht seiner Obsorgepflicht zur Erhaltung von wertvoller Grünsubstanz nachgekommen?
2. Ist dem Bund bekannt, was mit dem 3,3 ha großen Areal der Schmelz geschehen wird?
3. Wenn ja, warum hat er im Wissen um die Vernichtung dieser wertvollen Grünsubstanz dem Verkauf dennoch zugestimmt, ohne irgendwelche Auflagen geltend zu machen?
4. Welche Baufirmen bzw. Wohnbaugesellschaften kommen bei der Schmelzverbauung zum Zuge?
5. Ist es richtig, daß eine der Baufirmen der SPÖ, die andere der ÖVP nahesteht?
6. Aufgrund der Ergebnisse einer Ökostudie, die dem Umweltministerium vorliegt, wollen Sie, Frau Umweltminister, künftig die unbedingte Einhaltung der Grünlandschaften fordern. Warum haben Sie das im Falle der Schmelz nicht schon getan?
7. Die "Aktion Volksbefragung" der 5 Wiener Bürgerinitiativen, die auch für die Erhaltung der Schmelz eintritt, hat bereits 20.000 Unterschriften gesammelt. Warum hat der Bund das Votum von 20.000 Wählern ignoriert, die eine Abstimmung über die Verbauung wollen, und den Verkauf nicht solange zurückgestellt, bis darüber im Wege einer Volksbefragung demokratisch entschieden wird?